Wilfried Klein
Vorsitzender der
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Die Bonn Partei

Rede zur Finanzsituation der Stadt Bonn
am 25. Juni 2009

"Sagen, was nötig und wichtig ist"
Sparen heißt zuallererst: Ziele formulieren

Wir wollen den Nothaushalt verhindern.
Wir müssen den Nothaushalt verhindern

- es gilt das gesprochene Wort -

Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Tel.:0228/772080
www.wilfried-klein.de www.spd-bonn-im-rat.de www.bonn

Fakten I

„Eigentlich ist Bonn schon pleite. Bonns Stadtkämmerer geht schwierigen Zeiten entgegen. Die Finanzsituation der Stadt ist alles andere als rosig. Das Defizit wird sich innerhalb von zwei Jahren voraussichtlich verdoppeln. Der wachsende Schuldendienst der Stadt wird die Kommune dazu zwingen, Zuschüsse noch drastischer zu kürzen und Investitionen auf ein Mini-Maß zu reduzieren – es sei denn, das Loch in den kommenden Haushalten wird durch den radikalen Ausverkauf der städtischen Häuser und Grundstücke geschlossen. Unklar ist, wann die Stadt jemals einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen wird. “ (General-Anzeiger, 4. Oktober 1982 - !!! – Der zitierte Kämmerer hieß Peter Pollmann.)

Fakten II

Als die Ratsmehrheit 1994 erstmals nach dem Krieg wechselte, legte der Kämmerer wenige Tage ***n a c h*** der Wahl eine desaströse Haushaltslage offen, in der mit Kassenkrediten die wahre Lage verschleiert worden ist. Der damalige Kämmerer hieß Ludger Sander.

Fakten III

In den letzten 15 Jahren haben in diesem Rat ***a l l e*** Fraktionen und Gruppierungen, in wechselnder Zusammensetzung mal mehr, mal weniger Verantwortung für den Haushalt unserer Stadt getragen, ihn mitentwickelt, zum Teil mit beschlossen. Die CDU 8 Jahre (von den letzten 10 Jahren!), Bündnis 90/Die Grünen 7 Jahre, FDP (glaube ich) 6 Jahre, BBB – waren es zwei Jahre? Uns mache ich für 10 Jahre verantwortlich, davon in den letzten 10 Jahren an fünf Jahren.

Fakten IV

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hatte mit ihren Auswirkungen vor zwei Jahren noch niemand in seiner mittelfristigen Finanzplanung abbilden können.

Also – lassen Sie uns über Verantwortung reden, und nicht über Wahlkampf.

Und aus Verantwortung haben wir Haushalte beschlossen, die unserer Stadt (mehr oder weniger) gut getan haben – und weiter gut tun sollen.

Was haben wir geschaffen?

Wir haben Kindergartenplätze geschaffen, in hohem Tempo, in hohem Standard.

Wir haben in Windeseile a l l e Bonner Grundschulen zu OGS gemacht.

Wir sanieren seit fünf Jahren auf hohem Niveau und mit hohem Tempo unsere Schulen.

Wir halten einen leistungsfähigen ÖPNV, haben Wohngebiete auch mit kommunalen Mitteln saniert, investieren in unsere Straßen, bauen Kreuzungen um, investieren in Kinder und Jugendliche, sichern das soziale Netz, nicht zuletzt mit dem Bonn-Ausweis, auf dem auch in Bonn viele – und mehr – Menschen angewiesen sind, um gleichberechtigte Teilhabemöglichkeiten zu haben.

Wir haben investiert z.B. in ein Modellprojekt zur kontrollierten Heroinabgabe, das uns viel Geld gekostet hat, das aber auch Leben gerettet hat.

Wir haben investiert und konsumiert (ja, das auch), um unsere Stadt attraktiv zu halten, für Neubürger, um den Strukturwandel zu bewältigen, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.

Erlauben Sie mir das zu sagen – es ist so leicht, Kritik am Verhalten der Politik zu üben. Ich sage daher – ich bin stolz darauf, einem Rat anzugehören, der trotz langer finanzieller Restriktionen es immer wieder verstanden hat, das Leben auf hohem Niveau für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu gestalten und attraktiver zu machen. Und daran hat meine Partei in den letzten Jahren verantwortlich und umfassend mitgearbeitet.

Wir haben die richtigen Weichenstellungen vorgenommen. Sie haben dazu geführt, dass wir heute noch relativ gut da stehen, dass wir stark sind, wo wir in der Krise sind und in die Krise kommen. Ohne alle diese Maßnahmen würden wir bereits jetzt in unserer Stadt mehr Auswirkung der Wirtschafts- und Finanzkrise erleben, würden wir noch mehr Arbeitslose haben, würden wir noch mehr Armut beklagen müssen.

Wahr ist aber auch, dass es in der Vergangenheit – allen heißen Beteuerungen der letzten Tage zum Trotz – in den letzten 15 Jahren immer wieder die süße Versuchung des „…aber dafür muss das Geld doch da sein…“ – gerade bei Ausgaben und Kosten, die uns dauerhaft belasten bzw. entlastet hätten.

Lassen Sie mich daran auch mal erinnern:

Als es in den Jahren 1994 bis 1999 die gemeinsame Verantwortung von SPD und Grünen für den von der CDU und teilweise der FDP geerbten maroden Haushalt gab, waren wir schwub-die-wupp im HSK. Damals mussten wir – nicht aus Begeisterung, sondern aus der Not heraus – die Sportstättennutzungsgebühr einführen. Ich erinnere mich sehr lebhaft an diese Debatten. Es war dann die glorreiche CDU, die nach der Wahl 1999

nichts Eiligeres zu tun hatte, als diese wieder abzuschaffen. Der Kämmerer verdrückt noch heute jeden Tag eine Träne, wenn er daran denkt. Das war eine dieser dauerhaften Entlastungen des städtischen Haushaltes, die ich in den letzten 24 Stunden von den Kollegen der CDU in ihren Forderungen mal wieder höre.

Seit vielen Jahren schon versuchen wir, mit einer Zweitwohnungssteuer den Anreiz von Zweitwohnsitzern zum Ummelden zu erhöhen, damit wir dadurch bei der Einkommenssteuer besser berücksichtigt werden. In allen Konstellationen, in denen ich ja in den letzten Jahren das Vergnügen der politischen Zusammenarbeit im Rat hatte, ist das gescheitert, zuletzt an der CDU. Auch hier höre ich die flehenden Worte des CDU-Kämmerers in unsere Richtung – alleine: Bei seinen Parteifreunden verhallte diese Forderung ungehört.

Und noch ein Beispiel aus jüngerer Vergangenheit – für alle die, die sich an die ollen Kamellen nicht mehr erinnern wollen: Als das Melbbad im letzten Jahr abgesoffen ist, war die Zeit, um im Rahmen der Neuordnung der Bäder über den Standort zu reden (nicht zu entscheiden!). Bürgermeister Joisten hatte aber nichts Eiligeres zu tun, als gleich Bürgeraktionen zu starten, sodass es gar keine Chance mehr gab, über andere Lösungen, die möglicherweise kostengünstiger gewesen wären nachzudenken, geschweige denn zu entscheiden.

Über die aufgeregten Debatten zum Haus der Bildung – nur weil über Kosten der Umsetzung nachgedacht werden sollte – will ich mich hier gar nicht äußern.

Damit keiner die Chance zum Missverständnis leichtfertig ergreift – ich habe nicht die Absicht, die Sportstättennutzungsgebühr zu fordern; ebenso wenig werde ich mich für die Zweiwohnungssteuer, die Schließung eines Bades oder den Abbruch des Projektes Haus der Bildung aussprechen. Aber es stößt mehr als schal auf, dass diejenigen, die sich jetzt hinstellen, und „mal wieder“ und „jetzt aber“ endlich das Umsteuern in der Haushaltspolitik fordern, in der Vergangenheit immer die ersten waren, die die Chancen dazu abgelehnt haben oder nur erwogen hätten oder sich weggeduckt haben, wenn es ernst oder unangenehm wurde.

Und wie beifallsheischend hat Herr Schuck, unterstützt von Grüne, BBB und FDP hier gestanden, um für die Erhöhung der Zuschüsse an die Träger der freien Jugendeinrichtungen wegen der Tarifsteigerungen zu streiten. Dafür, klar, muss das Geld doch da sein. Klar. Ist es ja auch – bis dass es weg ist.

So und mit dieser Einstellung führt man jede Haushaltskonsolidierung ad absurdum. Herr Schuck, Frau Overmanns – ich habe bei Ihnen nie erkannt, dass Sie sich Ihrer Rolle und Ihrem Anspruch entsprechend dieser Verantwortung für den Gesamthaushalt gestellt hätten.

Richtig ist, dass CDU und SPD im letzten Haushalt mit ganz knappen Ansätzen der Haushaltssituation Rechnung tragen wollten. Da waren es die Grünen, die mit Mehrforderungen im Millionen-Bereich die Lage absolut und grundsätzlich ignoriert oder auf die vermeintliche Gelddruckmaschine NKF gesetzt haben.

Jetzt ist die Lage zunächst mal wie sie ist. Das ist halbwegs Fakt.

Sie ist entstanden ***möglicherweise*** durch hausgemachte Versäumnisse. Aber ich wiederhole mich – wir haben etwas geschaffen, das ich nicht missen möchte. Und das wir alle nicht missen möchten. Auf jeden Fall sehe ich hier niemanden, der vollmundig erklärt, was wir alles ab 2010 oder 2011 aufgeben sollen.

Die Lage ist aber noch einer anderen Entwicklung geschuldet und die gilt es verstärkt in den Blick zu nehmen, damit wir bei all unseren zu treffenden Entscheidungen in den nächsten Monaten keine Fehler machen.

Es ist die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, der Zusammenbruch des Neoliberalismus und des ungezügelten Kapitalismus. Hier wäre es doch ein Wunder gewesen, wenn zurückgehende Gewerbesteuereinnahmen und geringere Erträge aus der Einkommenssteuer den kommunalen Haushalt nicht belasten würden. In dieser globalen Krise müssen wir über Lösungen nachdenken, die über Bonn hinausweisen. Wir lösen das Problem nicht alleine – jedenfalls nicht, wenn wir Bonn nicht kaputtsparen und das Erreichte nicht zerstören wollen.

Da höre ich jetzt viel über „Kassensturz“, dann mal wieder was über „Chefsache“. Da reibt man sich doch nur noch verwundert die Augen – wo waren und sind denn diejenigen, die diese Vorschläge jetzt äußern, in den letzten Monaten und Jahren gewesen? Der Quartalsbericht ist keine Verschlusssache, der ist öffentlich. Da habe ich eigentlich noch nie gelesen, dass die Lage rosig ist oder dass wir Vermögen aufbauen. Wer hier einen Kassensturz fordert, hat sich wirklich noch nie mit der Materie befasst. Und dann die Chefsache – die finde ich ja wiederum besonders putzig. Will die CDU damit ihren Kämmerer entmachten, nachdem sie ihm jahrelang schon kein Gehör geschenkt hat? Unterhaltsam, aber nicht wirklich hilfreich.

Um es gleich zu sagen – ich beanspruche für meine Fraktion nicht, den Stein der Weisen zu haben. Mir sind diejenigen schon immer suspekt gewesen, die immer dabei waren, schon immer alles gewusst haben und auf die aber ja nie einer gehört hat. Vorsicht vor solchen Scharlatanen.

Was ich aber weiß ist das Folgende – wir brauchen Zeit. Nicht um uns um irgendetwas rumzudrücken, sondern weil dieser Prozess der Haushaltskonsolidierung Zeit braucht, um Effizienz und Beteiligung, nicht

zuletzt der Bürgerinnen und Bürger, zu erreichen. Wir brauchen aber auch Zeit, um aufgrund verlässlicher Plandaten entscheiden zu können. In einer Zeit, in der jede Woche neue Daten die Runde machen, ob und wie sich die Wirtschaft entwickelt, in der wir nicht wissen, wie sich die Arbeitslosenzahlen entwickeln, wo wir nicht wissen, was möglicherweise an weiteren Belastungen auf uns zukommt (WestLB!), wie die Steuerprognosen für die nächsten Jahre sind, stelle ich nicht alle Maßnahmen, die wir beschlossen haben auf Stopp und nehme ich auch nicht die Kaufkraft aus der Wirtschaft.

Wir brauchen diese Zeit aber auch, um uns mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber zu verständigen, was wir auch in Zeiten knapperer Haushalte brauchen und wollen. Denn Sie bekommen Begeisterung nie, aber sie können um Verständnis werben, wenn es schmerzhaft wird, gleichsam:

wenn du ein schiff bauen willst, dann trommle nicht männer zusammen, um holz zu beschaffen, aufgaben zu vergeben und die arbeit zu verteilen, sondern lehre sie die sehnsucht nach dem weiten endlosen meer.

antoine de saint exupéry

Was sind die Ziele, die die Mühen lohnen sollen?

Zunächst – **wir wollen** den Nothaushalt verhindern. Die Bonner Bürgerinnen und Bürger sollen entscheiden können, was in ihrer Stadt gemacht und finanziert wird, und nicht die Kölner Zeughausstraße.

Wir müssen den Nothaushalt verhindern – in der Verwaltungsvorlage ist ja exemplarisch aufgezählt, was alles auf dem Spiel steht.

Was muss gemacht werden, für was brauchen wir unsere kommunalen Spielräume, für was werben wir um Unterstützung, um dann an anderen Stellen Einsparungen, ggfls, vornehmen zu können?

Bildung und Familie. Ja. Machen wir es konkreter: In den nächsten Jahren wollen wir die Vollversorgung mit OGS-Plätzen erreichen. Die U3-Plätze müssen bedarfsorientiert weiter ausgebaut werden.

Sanierung der Schulen. Hier gehe ich völlig einher mit der Forderung, das in Richtung Energieeffizienz und Nachhaltigkeit zu forcieren – bei 17 Mio € Energiekosten ergeben sich hier große Einsparpotenziale. Aber – ich komme darauf gleich zurück – dafür brauchen wir die Möglichkeit weiterer Investitionen.

Stichworte:

Attraktive Wohnviertel, bezahlbarer Wohnraum. IHK, Stärkung der VEBOWAG

Leistungsfähiger ÖPNV, wg. Klima- und Demowandel

Bonn-Ausweis.

Wir wollen den Nothaushalt verhindern – wir schaffen das aber nur, wenn wir zunächst mit dem Jahreshaushalt 2010 starten und dann auf das Land Druck machen, dass die Kommunen mit ihren Finanzproblemen in dieser globalen Krise nicht im Stich gelassen werden. Mit Erstaunen lese ich heute Morgen, dass der NRW-Finanzminister (wie der Bundesfinanzminister auch) die Schuldenaufnahme ausweitet, um der Krise zu trotzen – und die gleiche Landesregierung zwingt dann die Kommunen über den RP dazu, Leistungen in einem Umfang zu kürzen, dass es nicht mehr vernünftig ist. Denn was droht zu passieren – der RP greift in seinen traditionellen Instrumentenkasten, auf dem Haushaltskonsolidierung steht, und greift zu den üblichen Maßnahmen. In einer Krise historischen Ausmaßes mit den üblichen Antworten zu kommen, während Bund und auch das Land das Gegenteil machen, ist nicht nur unfair, es ist auch wirtschaftlich unvernünftig. Es ist mir nicht erklärbar, welchen wirtschaftlichen Sinn es machen soll, dass wir vom Bund € 46 Mio erhalten, um dieses Geld der Wirtschaft schnell und zur Stabilisierung der Konjunktur zu geben, und dass wir dann fast gleichzeitig gezwungen werden, den doppelten Betrag aus der Wirtschaft rauszuziehen. Denn wir reden ja auch über eine massive Reduktion der Investitionen. Wenn das im Land nicht eingesehen wird, erwürgen wir die Konjunktur, bevor sie wieder angesprungen ist. Das ist unverantwortlich. Hierauf müssen wir gemeinsam mit den anderen Kommunen drängen.

Und noch etwas – wer in dieser Zeit nach weiteren, gar großen Steuersenkungen ruft oder schreit, hat irgendwie den Ernst der Lage nicht begriffen.

Wir lösen hier heute nicht das Problem. Ich bin froh, dass es diesmal anders ist als 1994, dass v o r der Wahl die Karten auf den Tisch gelegt werden. Jetzt ist die Debatte eröffnet.

Was die Kollegen der CDU in ihrem DA aufgeschrieben haben, ist eine Mischung aus Selbstverständlichkeit und Schnellschuss. Das meiste ist mit der Vorlage der Verwaltung ja zugesagt bzw. in Arbeit. Jetzt darüber hinaus bis zum Herbst bestimmte Projekte anzuhalten oder gar abzulehnen, bringt uns auch nicht weiter.

Es bringt uns auch nicht weiter, wenn das Thema zum Wahlkampfschlager zwischen den Fraktionen und Parteien wird. Auch wir im Rat brauchen diese Bereitschaft zur Gemeinsamkeit – denn das ist es, was die Bürgerinnen und Bürger auch von uns erwarten. Wenn wir schon keine gemeinsamen Antworten geben können, dann sollten wir uns zumindest an die gemeinsame Bearbeitung des Problems machen. Es zumindest versuchen. Schnellschüsse bringen uns nicht weiter. Das ist

Effekthascherei, ohne Substanz. Und über Substanz reden wir, nicht über Überschriften.